

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«NICHT NUR ZUR WEIHNACHTSZEIT?»

«Die gefährlichsten Menschen auf der Welt sind die enttäuschten Idealisten», schrieb vor Jahren Halldor Laxness, der grosse isländische Dichter und Nobelpreisträger, ein Mann, der politisch links anzusiedeln ist und aus langer Erfahrung im konkreten Umgang mit Kommunisten aller Schattierungen sprechen kann. Seine Aussage trifft einen Sachverhalt, für den es in unserem Jahrhundert im Grossen wie im Kleinen ungezählte Belege gibt. Eine lange Reihe von politischen Systemen autoritärer und totalitärer Art hat ihren Ursprung in idealistischen Leitbildern von einem gesellschaftlich-politischen Neubeginn mit «neuen» Menschen und «neuen» Strukturen – Leitbilder, die sich jeweils in der Folge auf dem Wege normaler politischer Meinungs- und Entscheidungsbildung nicht verwirklichen liessen und so zum Umschlag in Gewaltherrschaften führten. Die Linie lässt sich von Lenin über Hitler bis zu Castro und zahlreichen anderen Potentaten in Ländern Südamerikas und der Dritten Welt verfolgen. Sie alle hatten und haben «ein Ideal im Hintergrund», das sie in ihrem Selbstverständnis legitimierte, Mensch und Gesellschaft wenn nötig auch mit Gewalt zum «Glück» zu zwingen – bis hin zur Vernichtung ganzer Gesellschaftsschichten, die zu «objektiven Feinden des Fortschritts» erklärt und entsprechend rücksichtslos behandelt wurden.

In unserem Lande ist die Sensibilisierung gegenüber solchen Vorgängen

zwar nach wie vor recht ausgeprägt, jedenfalls dann, wenn es sich um spektakuläre, klar diagnostizierbare Vorgänge handelt. Und doch kommt man nicht um die Feststellung herum, dass die Grenzlinien zwischen Recht und Unrecht, zwischen menschenwürdiger Politik und der Pervertierung echten politischen Handelns immer stärker verwischt werden. Die Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Jugendunruhen sind ein eindrückliches Beispiel dafür.

Die Unentschlossenheit der Behörden war wesentlich durch die Tatsache mitbestimmt, dass die Gewaltanwendungen zumindest anfänglich von beträchtlichen Teilen der Öffentlichkeit als mehr oder weniger unvermeidliche Begleiterscheinung einer Bewegung interpretiert wurden, der eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen sei. Man bekundete Verständnis für die «grosse Wut», die Kampfansage an die «Etablierten», und war deshalb auch bereit, ein Auge zuzudrücken oder gar von einer Art seelischer Hygiene zu sprechen, wenn Verkehrszusammenbrüche inszeniert und Ladenstrassen verwüstet wurden.

Eine kleine Illustration dazu bietet der «Kirchenbote für den Kanton Zürich», dessen Chefredaktor sich kurz vor Weihnachten in einem gut gemeinten und auch gut formulierten «Offenen Brief an Unbekannt» mit den Urhebern des an viele Mauern gespritzten Slogans «No AJZ – No Wiehnacht» auseinandersetzte. Der Artikel kulmi-

nierte im beschwörenden Aufruf, alles zu tun «um Gewaltakte in der Weihnachtszeit» zu verhindern, damit es den Verständigen unter der älteren Generation leichter falle, «den berechtigten Forderungen der Jugendlichen Gehör zu verschaffen».

Natürlich stellt die scheinbar einschränkende Formulierung «in der Weihnachtszeit» keinen bewussten Freibrief für Gewalt dar; es handelt sich zweifellos nur um eine sprachliche Ungenauigkeit, die allerdings bei einem erfahrenen Publizisten auch wieder nicht völlig zufällig sein dürfte. Man wird in dieser Vermutung durch eine andere Passage im «Offenen Brief» bestärkt, in welcher der Verfasser erklärt, er gehe von der Annahme aus, dass es sich nicht um «Rechtsradikale mit der Lust an der Gewalt an sich» handle, mit denen kein Gespräch möglich wäre, sondern um jene Art von Linken, die die «Gewalt gegen Sachen» als legitimes Kampfmittel gegen die «objektive Gewalt in unserer Gesellschaft» betrachteten.

Damit wird eine Unterscheidung gemacht, die auch in der Totalitarismusforschung der letzten dreissig Jahre immer wieder angeklungen ist: die Unterscheidung nämlich zwischen «intellektuell hochstehend» begründeten Gewaltherrschaften wie den «sozialistischen» des Ostblocks und mehr emotional fundierten Totalitarismen, die gemeinhin als «rechtsradikal» oder «faschistisch» bezeichnet werden. Diese Differenzierung läuft auf eine unterschiedliche moralische Wertung ein und desselben Tatbestands von illegitimer Gewaltanwendung hinaus,

je nach der ideologischen Etikettierung des Machtmissbrauchs. Dass damit die Massstäbe politischen Handelns auf gefährliche Weise relativiert, ja pervertiert werden, scheint selbst ernsthaften Sozialwissenschaftlern nicht immer bewusst zu sein.

Tatsache ist nämlich, dass Gewaltanwendung letzten Endes immer eigenen Gesetzen folgt, gleichgültig ob sie als «Gewalt gegen Sachen» und damit als «Gegengewalt» zur «objektiven Gewalt in unserer Gesellschaft» oder aber als «Gewalt an sich» verstanden wird. Die bolschewistischen Todeslager waren keineswegs humaner als die nazistischen, obwohl sie dialektisch anspruchsvoller begründet waren. Und der Terror der «Roten Brigaden» ist auch nicht harmloser als jener der «Rechtsradikalen». Ob die Opfer nach «objektiven» Kriterien marxistischer Dialektik oder aber mehr spontan und zufällig ausgewählt werden, ändert ganz und gar nichts am Sachverhalt tödlicher Bedrohung.

Das sollten sich all jene einmal genauer überlegen, die sich von idealistischen Reformansätzen angesprochen fühlen und dabei wissentlich in Kauf nehmen, dass deren Durchsetzung «notfalls» auch mit undemokratischen und ausserrechtlichen Mitteln angestrebt wird. Die Demokratie ist eine Staatsform, die ihr Ziel, ein Leben in Freiheit, nur dann verwirklichen kann, wenn die Spielregeln allseits anerkannt sind und auch durchgesetzt werden. Wo immer diese Spielregeln von unkontrollierter Gewalt unterlaufen werden, bedeutet dies den Anfang vom Ende.

Richard Reich

POLENS DILEMMA

Polen übte sich in den vergangenen Wochen und Monaten in politischem Extremalpinismus. Die Kletterpartie, die es seit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaften zu bewältigen galt, war derart risikoreich, dass ein Absturz jederzeit möglich schien. Im Hintergrund dieser für kommunistische Länder einmaligen Übung steht ein gravierendes wirtschaftliches Problem, nämlich die Beseitigung von Misswirtschaft und Versorgungsengpässen, die ihre tieferen Ursachen in fragwürdigen Entscheidungsstrukturen der Planwirtschaft östlicher Provenienz, also in der Wirtschaftsordnung, haben. Zur Diskussion steht mithin eine *Änderung der Wirtschaftsordnung*. Und weil der einzig denkbare Weg zur Gesundung über eine Dezentralisation verkrusteter Entscheidungsstrukturen führt – damit auch über die Einführung eines Koordinationsystems, das dezentral gefällte Entscheide aufeinander abzustimmen vermag, also verdächtig nach Marktwirtschaft riecht – kreisen die Reformvorstellungen um ein System, das die fatale Eigenschaft besitzt, individuellen Regungen und Initiativen, die bisher zurückgestaut waren, in einen *offenen Raum* zu «entlassen».

Wenn von einer «Befreiung» individueller Verhaltensweisen aus einem Netz stark restriktiver Regeln die Rede ist, steht aber nicht nur die Wirtschaft im Zentrum eines Prozesses der Neuorientierung; die *Gesellschaftsordnung* schlechthin befindet sich in Gefahr, vom Bazillus dieses Aufbruchs erfasst zu werden. Die Ökonomen sprechen in

diesem Zusammenhange von der *Interdependenz der Ordnungen* und meinen damit, dass unter den Bedingungen osteuropäischer Wirtschaftssysteme Bewegungen, die auf die Errichtung dezentraler Entscheidungsstrukturen angelegt sind, sehr rasch auch auf andere Ordnungsteile, vor allem natürlich auf die politische Ordnung, überspringen. Der aufgestaute Unmut legt Energien frei, die immer schwerer kontrollierbar werden. Die ursprünglich wirtschaftlich motivierte Unrast wird dann zum *politischen Problem*.

Es muss bereits als ein Wunder bezeichnet werden, dass es den Polen gelungen ist, den Spaltpilz freier Gewerkschaften ins System zu pflanzen. Das ist im Lichte der kommunistischen Ideologie blanke Häresie, weil eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, damit nicht nur in einer kaum mehr überbietbaren Weise desavouiert wird, sondern weiter auch die Legitimation zu verlieren im Begriffe ist, mit der sie ihre Herrschaft zu rechtfertigen vermag. Was in Polen passiert ist, greift aus diesem Grunde an die Fundamente eines kommunistischen Staates. Deshalb vor allem ist die Partei verzweifelt darum bemüht, ihren Führungsanspruch, den sie politisch nicht mehr zu begründen in der Lage ist und de facto längst auch schon eingebüsst hat, in den Vereinbarungen mit den freien Gewerkschaften zu fixieren. Das ist der letzte Strohalm, an den sie sich noch klammern kann.

Das Problem der freien Gewerk-

schaften besteht nun primär darin, das Erreichte zu *konsolidieren*. Die Frage, ob ihnen dies gelingen wird, muss vorerst noch offen bleiben. Es setzt dies sowohl auf der Seite der Gewerkschaften wie auf jener der Regierung bzw. der Partei die Akzeptierung von Spielregeln voraus, für die es im kommunistischen Raum noch keine Vorbilder gibt. Wenn die Kontrahenten im Bemühen, künftig die Arbeitnehmerinter-

essen im weitesten Sinne in einem – in Ansätzen – pluralistischen System zu vertreten erfolgreich sein sollten, müsste tatsächlich von einer *neuen Entwicklung* gesprochen werden. Das Monopol der Partei wäre an einer empfindlichen Stelle zumindest relativiert, was nicht nur für Polen von einigem Gewicht sein könnte. Noch ist es allerdings nicht so weit.

Willy Linder

Springli
Confiserie am Paradeplatz

**Qualität
aus Tradition**

Hauptbahnhof Zürich
Stadelhoferplatz Shop-Ville
Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt
Airport-Shopping Kloten

Neu!

80 g

Gerber

**GALA
au poivre vert**

*Fromage double-crème au poivre vert concassé
Doppelrahmkäse mit gebrochenem grünem Pfeffer*

*Der bekannte und beliebte
Gerber GALA mit gebrochenem
grünem Pfeffer
Zart aber rassig*